



**N I E D E R S C H R I F T**

**zum öffentlichen Teil**

**der 21. Sitzung des Seniorenbeirates (S/021/2022)**

**am Montag, 2. Mai 2022,**

**09:00 Uhr**

**Landeshauptstadt Dresden, im Neuen Rathaus, Festsaal,  
Rathausplatz 1, 01067 Dresden**

**Beginn der Sitzung:** 09:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 12:20 Uhr

**Anwesend:****Vorsitzender**

Klaus Rentsch

**stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen**

Tanja Schewe

Heiko Müller

Siegfried Müßig

Wolfgang Krusch

Eberhard Mittag

**stimmberechtigte Mitglieder - Sachkundige**

Gudrun Böhmig

Jürgen Eckoldt

Monika Fiedler

Gertraud Kasten

Gabriele Lohse

Iris Machalett

Dr. Peter Müller

Sitzungsteilnahme bis 12 Uhr

Dr. med. Rotraut Sawatzki

Elfi Wagner

**Abwesend:****stimmberechtigte Mitglieder - Fraktionen**

Dr. Rainer Kempe

**stimmberechtigte Mitglieder - Sachkundige**

Dr. Sieglinde Hauffe

Klaus Kummer

Waldemar Peine

**Verwaltung:**

Frau Gertig OB/15

Herr Tostmann OB/15

Frau Cadot-Knorr GB 4/41

Herr Rudolf GB 6/66

Herr Meier-Hedrich GB 6/65

**Gäste:**

Herr Kretschmar Privat

Herr Dudeck Runder Tisch Senioren/Behinderte

Frau Köhler Seniorenberatungsstelle Klotzsche

Frau Wagner Seniorenberatungsstelle Klotzsche

**Schriftführerin:**

Stefanie Ruß Sachgebiet Stadtratsangelegenheiten

# T A G E S O R D N U N G

## öffentlich

- 1 Bericht des Bürgermeisters Herrn Kühn (Geschäftsbereich für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften) zu aktuellen Themen
- 2 Einladung des Abteilungsleiters Herrn Tostmann (Abteilung Politische Steuerung)
- 3 Einschätzung der vielfältig geförderten und nicht geförderten Seniorenselbsthilfe/Aktivitäten von Seniorentreffs
- 4 Vorlagen und Anträge
- 4.1 Nutzungs- und Betreiberkonzept Bürgerhaus Prohlis **V1319/21  
beratend**
- 4.2 Konzept zur „Erhöhung der Lebensqualität in Stadtvierteln und Verringerung der Auswirkungen des Kfz-Verkehrs“ **A0324/22  
beratend**
- 5 Informationen/Sonstiges

**öffentlich**

**Einleitung:**

**Herr Rentsch** begrüßt zur Sitzung des Seniorenbeirats am 2. Mai 2022 stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Im Anschluss teilt er mit, dass zum Tagesordnungspunkt 1 Herr Bürgermeister Kühn leider verhindert sei. Es seien jedoch Herr Meider-Hedrich und Herr Rudolph zur Berichterstattung gekommen. Der Tagesordnungspunkt 4.2 muss heute vertagt werden, da die 1. Lesung im federführenden Gremium noch nicht erfolgt sei.

**Herr Dr. Müller** geht auf die E-Mail von Herrn Jäkel zur Erhöhung der Eigenkosten beim Pflegeheimplatz ein und bittet um eine Stellungnahme durch den Seniorenbeirat. Weiterhin fehle ihm die Thematik Innovationstopf auf der Tagesordnung. Er bittet, dass diese zwei Punkte unter Informationen und Sonstiges behandelt werden.

**Herr Rentsch** bittet die so geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Die Beiratsmitglieder stimmen der geänderten Tagesordnung mehrheitlich zu.

**1 Bericht des Bürgermeisters Herrn Kühn (Geschäftsbereich für Stadtentwicklung, Bau, Verkehr und Liegenschaften) zu aktuellen Themen**

**Herr Meier-Hedrich** informiert zum aktuellen Sachstand des Toilettenkonzepts anhand einer Präsentation (Anlage 1).

**Herr Rentsch** weist nochmals auf das Fehlen von Toiletten und die optische Ausweisung durch Piktogramme zu den Toiletten hin. Er möchte wissen, wann ein System zur optischen Ausweisung von Toiletten umgesetzt werde.

**Herr Meier-Hedrich** teilt mit, dass derzeit die Auszeichnung von Toiletten in Verwaltungsgebäuden erfolgen. Es soll von außen an den öffentlichen Gebäuden erkennbar sein. Er könne jedoch nicht sagen, wann es konkret innerhalb der Stadt eine Auszeichnung von Toiletten geben werde.

**Herr Dr. Müller** möchte wissen, welche Kriterien es für die Standorte gebe. Er geht auf verschiedene Standorte und die Problematik an der Zwinglistraße ein. Es wurde ihm mitgeteilt, dass der Standort im Plan sei. Dies habe er allerdings hier nicht vernommen. Er bittet daher um einen aktuellen Sachstand. Weiterhin regt er an, dass als Standorte ebenso Verkehrsknotenpunkte berücksichtigt werden und möchte wissen, ob auch weitere Konzepte z. B. das Bibliothekskonzept Berücksichtigung finden.

**Herr Meier-Hedrich** geht auf nochmals auf seine Präsentation zum Ausblick des Gesamtkonzeptes ein und erläutert, dass das Toilettenkonzept mit anderen Konzepten sinnhaft verbunden werde. In Bezug auf die Problematik der Zwinglistraße könne er keine aktuelle Mitteilung geben.

**Herr Rentsch** kritisiert den Schließtag der Toilette an der Zwinglistraße.

**Herr Meier-Hedrich** betont, dass mit zukünftigen Schritten die Versorgungsziele abgestimmt werden. Er regt an, dass das Konzept vor dem Gremienlauf nochmals im Seniorenbeirat behandelt werde.

**Herr Rentsch** nimmt die Anregung auf. Der Seniorenbeirat stimme dem ebenso zu.

**Frau Dr. Sawatzki** möchte wissen, ob es einheitliches Logo für die Toiletten geben werde.

**Herr Meier-Hedrich** erläutert, dass das „WC“ ein einheitliches Logo sei. Es müsse diesbezüglich nochmals die Barrierefreiheit und die geschlechterneutralen Toiletten betrachtet werden.

**Frau Lohse** erinnert an die Aktion „Nette Toilette“ und möchte wissen, ob dies auch stadtweit berücksichtigt werden könne.

**Herr Meier-Heidrich** informiert, dass es diese Aktion in der Neustadt gebe. Die Anregung einer stadtweiten Aktion nehme er mit.

**Frau Fiedler** weist daraufhin, dass bei der Nutzung der Toiletten die Öffnungszeiten betrachtet werden müssen. Die Toiletten in öffentlichen Gebäuden seien außerhalb der Dienstzeit nicht mehr zugänglich. Sie geht ebenso auf die Aktion „Nette Toilette“ ein und möchte wissen, welche Lokalitäten diese Aktion noch anbieten.

**Herr Meier-Heidrich** teilt mit, dass nicht geprüft werden könne, wer die Aktion unterstütze. Die Gaststätten etc. haben freiwillig daran teilgenommen. Die Idee einer stadtweiten Aktion nehme er zur Klärung auf. Eine Öffnung der Toiletten in den Verwaltungsgebäuden außerhalb der Dienstzeit sei nicht möglich. Den Aspekt der Öffnungszeiten von Toiletten nehme er für die weitere Planung nochmals mit.

**Herr Rentsch** weist auf die Problematik der Öffnungszeit der Toiletten am Altmarkt bis 22 Uhr hin. Er regt eine Öffnung der Toilette bis 24 Uhr an.

**Herr Dr. Mittag** sei enttäuscht, dass analoge Hinweise für die Toiletten fehlen. Ebenso kritisiert er, dass die Toiletten in den Verwaltungsgebäuden außerhalb der Dienstzeit nicht zugänglich seien. Er geht beispielhaft auf die zugängliche Toilette im Rathaus Bautzen ein. Er betont nochmals, dass ausreichend Toilettenstandorte geschaffen werden müssen.

**Frau Scharf** regt nochmals an, dass die Toilettenstandorte im touristischen Wegeleitsystem aufgenommen werden.

**Herr Rudolph** informiert zunächst über den Aufgabenbereich seiner Abteilung Straßeninspektion. In diesem Zusammenhang teilt er mit, dass die Straßen, Wege etc. in regelmäßigen Kontrollen und Intervallen hinsichtlich der Verkehrssicherheit kontrolliert werden. Er führt beispielhaft die Intervalle und Kontrollen aus. Bei diesen Kontrollen werden Schäden beseitigt oder zunächst gesperrt und im Nachgang beseitigt. In diesem Zusammenhang geht er ausführlich auf die Schadenbeseitigung und Herstellung der Verkehrssicherheit ein. Seit September 2022 erfolge mit einem Messfahrzeug eine objektivere und messtechnische Zustandserfassung.

Er führt dazu aus, dass mit dieser Erfassung der Finanzbedarf für die Erhaltung und Instandsetzung in den nächsten Jahren ermittelt werde. Weiterhin geht er auf die Fußverkehrsstrategie und deren Ziele ein. Im Anschluss geht er auf die an Herrn Bürgermeister Kühn eingereichten Fragen ein. Die Kleinstreparaturen auf Fußwegen erfolge regelmäßig über die Streckenkontrolle. Die Abteilung ist für entsprechende Hinweise der Bürger\*innen dankbar. In Bezug auf die Wasperlachen auf Gehwegen und Fahrbahnen teilt er mit, dass die Thematik Straßenentwässerung sehr komplex sei. Über die regelmäßigen Kontrollen und Hinweise der Bürger\*innen können Schäden an der Straßenentwässerung schnell beseitigt werden. Bei größeren Sanierungsmaßnahmen werden die Straßenwassereinfläufe i. d. R. erneuert. Anschließend geht er ausführlich auf die Thematik Straßenquerungen, Bordabsenkungen und Querungshilfen. Er betont, dass bei größeren Vorhaben diese Themen berücksichtigt werden. Bei den regelmäßigen Kontrollen werden zudem das straßenbegleitende Grün, Schnittgerinne und angrenzende Privatgrundstücke betrachtet.

**Herr Rentsch** teilt mit, dass sich Herr Kummer entsprechend des Schreibens an Herrn Bürgermeister Kühn die sofortige Behebung von kleinen Reparaturen wünsche. Ebenso wünsche sich Herr Kummer eine schnelle Reparatur von Straßenwassereinfläufen.

**Herr Dr. Müller** möchte wissen, wie systematisch Hinweise von Bürger\*innen erfasst werden. Er merkt an, dass die Stadtbezirksbeiräte die Mängel und Schäden in einer Liste erfassen und fragt an, ob die Listen an seine Abteilung gehen.

**Herr Rudolph** stimmt zu, dass es regelmäßig Abstimmungen mit den Stadtbezirksämtern gebe. Er führt eingehend die Zusammenarbeit mit den Stadtbezirksämtern aus.

**Herr Mittag** stimmt den Ausführungen von Herrn Dr. Müller zu und regt eine schnelle Umsetzung von Sanierungen an. Er geht auf Baumschnittarbeiten ein und möchte wissen, weshalb die Misteln in den Bäumen verbleiben.

**Herr Rudolph** könne dies nicht beantworten, da dies in der Zuständigkeit vom Geschäftsbereich für Umwelt und Kommunalwirtschaft liege.

**Herr Rentsch** geht auf den Schulweg „Kleinlugaer Straße“ zur Schule „Im Grünen“ in Gruna und einer notwendigen Schulwegsicherung ein.

**Frau Böhmig** merkt an, dass bei den Fußwegsanierungen die Straßenwassereinfläufe meist flacher bleiben und eine Unfallgefahr darstellen. Dies müsse behoben werden. Weiterhin regt sie an, dass bei Sanierung im Straßenraum auch die Gehwege berücksichtigt werden. Sie geht beispielhaft auf Problemfälle ein.

**Herr Rudolph** stellt dar, dass immer versucht werde, den gesamten Straßenraum mit Fußwegen zu berücksichtigen. Aufgrund der begrenzten finanziellen Mittel sei das nicht immer möglich. Im Anschluss geht er auf die Gründe für die flacheren Straßenwassereinfläufe ein.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen.

## 2 Einladung des Abteilungsleiters Herrn Tostmann (Abteilung Politische Steuerung)

**Frau Gertig** erläutert, dass sie auf die Themen hybride Sitzungen und Barrierefreiheit im Ratsinformationssystem eingehen werde. In diesem Zusammenhang geht sie auf die Änderung der Sächsischen Gemeindeordnung ein und verweist auf den § 36 a. Demnach seien in Ausnahmefällen hybride Sitzungen möglich seien. Sie stellt dar, wie die hybride Sitzungen gestaltet werden und betont, dass eine Übertragung in Bild und Ton notwendig sei und die technischen Mittel den Mitgliedern zur Verfügung stehen müssen. Im Raum 1/013 wird derzeit ein Raum für digitale Sitzungen ausgestattet. Zugleich betont sie, dass die hybriden Sitzungen einen erhöhten personellen Aufwand darstellen. Im Anschluss erläutert sie, dass ab 25 Teilnehmern eine Bandbreite von 50 MBit/s notwendig seien.

**Herr Rentsch** teilt mit, dass die im vergangenen Jahr durchgeführte hybride Gremiensitzung nicht zielführend gewesen sei. Er sei bereits mit Herrn Prof. Breidung im Gespräch zu Lösungsmöglichkeiten gewesen.

**Frau Gertig** ergänzt, dass sich die letzten digitalen Gremiensitzungen im Vergleich zum Beginn verbessert haben. Sobald der Raum 1/013 fertig ausgestattet sei, könne der Seniorenbeirat eine hybride Sitzung zur Probe durchführen.

**Herr Dr. Müller** teilt mit, dass die Notwendigkeit der Übertragung per Kamera und Bild nicht der UN-Behindertenrechtskonvention entspreche. Es werden Sehbehinderte unter Umständen dann ausgeschlossen. Er persönlich habe auch keine Kamera und betont, dass eine Lösung gefunden werden müsse.

**Frau Gertig** verweist auf die Regelung aus der Sächsischen Gemeindeordnung. Die zeitgleiche Übertragung von Bild und Ton werde nicht von der Landeshauptstadt Dresden vorgegeben. Es werde nochmals eine Abstimmung mit Frau Scharf dazu erfolgen.

**Herr Mittag** möchte wissen, wer die Mehrkosten für die 50 MBit/s trage. Er regt eine finanzielle Unterstützung der Gremienmitglieder an, da in der Regel diese Bandbreite zu Hause nicht zur Verfügung stehe.

**Frau Gertig** stimmt der Problematik zu, dass die notwendige Bandbreite oft fehle.

**Herr Dr. Müller** stellt nochmals dar, dass die Niederschriften nicht mehr an die Beiratsmitglieder versandt werden und im Ratsinformationssystem gesucht werden müssen. Er betont, dass das Ratsinformationssystem nicht barrierefrei sei. Er fordere, dass die Niederschriften wieder an die Beiratsmitglieder versandt werden.

**Frau Gertig** erläutert, dass die Arbeitsabläufe in allen Gremien gleichlaufen und angeglichen wurden. Es werden in keinem Gremium die Niederschriften an die Mitglieder versendet. Im Ratsinformationssystem stehen die öffentlichen Niederschriften den Mitgliedern und Bürger\*innen zur Verfügung.

**Herr Dr. Müller** betont, dass hier zu Ungunsten der Ehrenamtliche rationalisiert wurde.

**Frau Gertig** weist die Vorwürfe zurück und betont, dass ein einheitliches Verfahren auch zu Gunsten der Ehrenamtlichen sei. Es könne kein Gremium bevorzugt werden.

**Herr Dr. Müller** kritisiert die Verfahrensweise und regt an, dass die Niederschriften dem Seniorenbeirat und dem Beirat für Menschen mit Behinderungen zur Verfügung gestellt werden.

**Herr Mittag** stimmt der Kritik von Herrn Dr. Müller zu.

**Herr Rentsch** stimmt der Anregung von Herrn Dr. Müller zu.

**Frau Fiedler** unterstütze die Kritik von Herrn Dr. Müller und Herrn Mittag. Sie sehe eine Diskriminierung von Senior\*innen.

**Frau Gertig** fragt an, ob die Aushändigung per E-Mail ausreiche. Eine Aushändigung per Papierform sei nicht gewünscht, habe sie verstanden.

**Herr Dr. Müller** merkt an, dass Frau Kasten gegebenenfalls die Niederschriften in Papier benötige. Er ergänzt, dass das Sachgebiet Stadtratsangelegenheiten die ehrenamtliche Tätigkeit unterstützen müsse und die Demokratie nicht beschnitten werden dürfe.

**Herr Tostmann** fragt an, ob eine Zustellung per E-Mail ausreichen würde.

**Herr Dr. Müller** teilt mit, dass Frau Kasten auf Papier angewiesen sei. Er schlägt den Kompromiss vor, dass durch die Seniorenbeiratsmitglieder das Exemplar in Papier Frau Kasten zur Verfügung gestellt werden könne.

**Herr Rentsch** fasst zusammen, dass Frau Kasten die Niederschrift in Papier benötige und die restlichen Beiratsmitglieder per E-Mail erhalten können.

**Frau Kasten** geht auf Unterhaltungen mit Bürger\*innen ein. Demnach seien nach der Pandemie größere soziale Spannungen entstanden. Sie geht auf notwendige Angebote in den Stadtbezirken ein und regt eine Entlastung bzw. Stärkung im Alltag an. Weiterhin geht sie auf die Belange der Älteren ein und betont, dass mit den Senioren\*innen entsprechende Gespräche gesucht und geführt werden müssen.

**Herr Rentsch** nehme dies zur Kenntnis.

**Herr Mittag** sehe den Bedarf, dass allen Beiräten die Niederschriften per E-Mail zugesandt werden.

Aus der Mitte des Seniorenbeirats ergeht nochmals gesammelt die Forderung, dass die Niederschriften für den Seniorenbeirat und Beirat für Menschen mit Behinderungen zur Verfügung gestellt werden.

**Herr Rentsch** regt an, dass die zukünftige Lösung hinsichtlich der Niederschriften in der Beiratssitzung am 13. Juni 2022 mitgeteilt werde.



**Herr Tostmann** stimmt dem zu. Er erachtet zugleich, dass nicht jedes Gremium die Niederschriften per E-Mail zugestellt haben möchte. Er plädiert ausschließlich für den Seniorenbeirat und den Beirat für Menschen mit Behinderungen.

**Herr Dudeck** als Vertreter des Beirats für Menschen mit Behinderungen stimmt dem Wunsch für seinen Beirat ebenso zu.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen.

### **3        Einschätzung der vielfältig geförderten und nicht geförderten Seniorenselbsthilfe/Aktivitäten von Seniorentreffs**

**Herr Rentsch** geht auf die Vorberatung zum Tagesordnungspunkt und die eingeladenen Gäste ein. Auf Wunsch Frau Dr. Sawatzki, Herrn Dr. Müller und Herrn Rentsch kam der Tagesordnungspunkt auf die Tagesordnung. Er teilt mit, dass keine Vertreter der Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen (KISS) anwesend seien. Das Sozialamt fragte an, über welche Themen konkret berichtet werden solle. Dies wurde dem Sozialamt nicht mitgeteilt.

**Herr Dr. Müller** merkt an, dass bei der Erarbeitung der Thematik das Sozialamt anwesend gewesen sei. Die Diskussion ginge um den Stellenwert der Seniorenarbeit und nicht der Altenhilfe. Es sei interessant, wie die Seniorenarbeit in den verschiedenen Richtungen erfolge. Es gebe in der Stadt eine Zahl von Einrichtungen, welche nicht durch das Sozialamt gefördert werden. Die Dualität der Förderung sehe er problematisch. Er könne heute zur Seniorenselbsthilfe und Empowerment berichten.

**Herr Rentsch** regt an, dass der Tagesordnungspunkt heute vertagt werde.

**Herr Schäfer** teilt mit, dass seitens des Sozialamtes über die Mittel im Bereich der Förderung berichtet werden könne. Über darüber hinaus gehende Fördermittel, welche in anderen Bereichen und für die Senioren\*innen genutzt werden, könne er nichts darstellen. Es müsse konkretisiert werden, über was genau berichtet werden solle.

**Herr Dr. Müller** stellt dar, dass es um die Förderung von Seniorenarbeit, Seniorenselbsthilfe und Seniorenselbstvertretung gehe.

**Herr Rentsch** fasst zusammen, dass der heutige Tagesordnungspunkt nochmals vertagt werde.

Seitens des Beirates bestehen keine Einwände.

## **4        Vorlagen und Anträge**

### **4.1      Nutzungs- und Betreiberkonzept Bürgerhaus Prohlis**

**V1319/21  
beratend**

**Frau Cadot-Knorr** bringt die Vorlage ein anhand einer Präsentation (Anlage 2) ein.

**Herr Rentsch** geht auf die Beschlussempfehlung des Stadtbezirksbeirates Prohlis ein und bittet um deren Erläuterung.

**Frau Cadot-Knorr** erläutert die Beschlussempfehlung und das Abstimmungsergebnis des Stadtbezirksbeirates Prohlis.

**Herr Rentsch** geht anschließend auf die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung (Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen) ein.

**Herr Krusch** hofft, dass der Name „Jugendkunstschule“ nicht zum Programm werde. Es müsse vielfältige Angebote wie beispielsweise Erwachsenenbildung geschaffen werden.

**Frau Cadot-Knorr** stimmt dem Hinweis von Herrn Krusch zu und teilt mit, dass die Verwaltung dies berücksichtigen werde.

**Herr Dr. Müller** geht auf seine guten Erfahrungen mit Jugendkunstschule und die Vorlage ein. Er möchte wissen, ob FASA Prohlis bekannt sei und ob es Erfahrungen mit Community Organizing gebe. Weiterhin geht er auf die Bedeutung von kleinen, wohnortsnahen Nachbarschaftszentren und –treffs ein. Er möchte wissen, wie dies beurteilt werde.

**Frau Cadot-Knorr** bittet die Abkürzung FASA Prohlis zu erläutern.

**Frau Lohse** erläutert, dass dies sozialraumbezogene Fachplanungsgremien Seniorenarbeit und Altenhilfe bedeute. Aufgrund von Corona musste die Präsenzarbeit weitestgehend eingestellt werden. Es werde geplant, dass die Gremien im 1. Halbjahr 2022 ihre Arbeit wiederaufnehmen. Sie weist Herrn Rentsch nochmals auf die Anfrage zur Mitarbeit von Senioren\*innen in den FASAs hin.

**Frau Cadot-Knorr** teilt mit, dass ihr Bereich mit dem Sozialamt im engen Austausch stehe. In Bezug auf Community Organizing teilt sie mit, dass es sich im Bürgerhaus an bestimmten Stellen abbilden lassen werde. Im Haus selbst werde es niedrigschwellige, gut erreichbare und kostenfreie Angebote und Treffpunkte geben. Eine Ausweitung auf andere Standorte in Dresden Prohlis sei derzeit nicht geplant. Im Anschluss geht sie auf bestehende Angebote ein. Der Sachverhalt sei ihr bekannt.

**Frau Dr. Sawatzki** regt an, dass das Bürgerhaus Prohlis nicht nur Angebote bringe, sondern auch Räumlichkeiten für nicht organisierte Treffs zur Verfügung stelle. Es müsse eine generationsübergreifende Begegnung geschaffen werden. Sie regt an, dass dem Seniorenbeirat regelmäßig darüber berichtet werde.

**Frau Cadot-Knorr** stimmt Frau Dr. Sawatzki zu und verweist auf das Konzept.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen.

**Herr Rentsch** bittet die Vorlage zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung

Ja 13 Nein 0 Enthaltung 2

**4.2 Konzept zur „Erhöhung der Lebensqualität in Stadtvierteln und Verringerung der Auswirkungen des Kfz-Verkehrs“****A0324/22  
beratend**

Der Tagesordnungspunkt wurde zum Sitzungsbeginn vertagt.

**Abstimmungsergebnis:**

Vertagung

**5 Informationen/Sonstiges****Innovationstopf**

**Herr Rentsch** stellt die Zuarbeit von Herrn Schäfer bezüglich der Anfrage von Herrn Dr. Müller aus der E-Mail vom 30.03.2022 (Anlage 3).

**Herr Dr. Müller** fragt an, ob die Mitglieder die Zuarbeit verstanden haben.

**Frau Dr. Kaufmann** stellt dar, dass im Rahmen der Dekarbonisierungsmittel durch den Stadtrat ein Innovationsfond i. H. v. 900.000 Euro ihrem Geschäftsbereich zur Verfügung gestellt wurde. Innerhalb der von Herrn Rentsch zitierten Beschlussfassung sei von der Politik sehr eng der Begriff „Innovation“ formuliert wurden. Es wurde zudem eine Verankerung an bereits im Quartier ansässige Akteure beschlossen. Die Gelder wurden so schnell wie möglich mittels Pressemitteilungen etc. beworben. Aufgrund der pandemischen Lage konnten die Beiräte zu diesem Zeitpunkt nicht tagen. Da die Gelder umgehend ausgeteilt werden sollten, habe es nur eine sehr kurze Bewerbungsfrist gegeben. Es wurde zudem die Liga der Freien Wohlfahrtspflege informiert. Es haben sich über 20 Projektträger beworben, nicht alle seien förderfähig gewesen. Die Fachplanung im Sozialamt habe dann entsprechend entschieden und die Mittel vergeben. Die Innovationen benötigen Konzeptionierung, Erprobung und Evaluierung, sodass sie eine Verstärkung erfahren werden könne. Sie wisse nicht genau, wo die Konfliktlinie sei.

**Herr Dr. Müller** betont, dass es keine Konfliktlinie sei. Es handle sich lediglich um eine Nachfrage. Er werfe der Verwaltung vor, dass der Seniorenbeirat nicht zur Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 1. Februar 2022 eingeladen wurde. Es gehe ihm auch darum, dass die meisten Projekte eine große Seniorenrelevanz haben. Die Verwaltung sollte den Seniorenbeirat über die entsprechenden Projekte informieren. Er geht beispielhaft auf verschiedene Projekte ein.

**Frau Dr. Kaufmann** kenne die geschilderte Problematik aus dem E-Mailverkehr nicht. Sie stimmt zu, dass dem Seniorenbeirat die größeren Projekte mit einer Seniorenrelevanz vorgestellt werden können. Sie geht auf die von Herrn Dr. Müller angesprochenen Projekte ein.

**Herr Rentsch** fragt Herrn Dr. Müller, worum es ihm konkret gehe.

**Herr Dr. Müller** gehe es um die Definition, was sind innovative Projekte. Er geht auf verschiedene Möglichkeiten des Verständnisses ein. Er möchte auch wissen, wie die Mittel eingesetzt werden, sodass ein innovatives Ergebnis herauskomme. Aus diesem Grund regt er an, dass die Projekte im Seniorenbeirat vorgestellt werden.

**Frau Dr. Kaufmann** merkt an, dass der Stadtrat den Begriff „Innovation“ nicht konkret definiert habe. Sie geht nochmals auf die entsprechende Vorlage ein, welche im Ausschuss für Soziales und Wohnen beschlossen wurde.

**Herr Rentsch** regt an, dass in der nächsten Sitzung des Seniorenbeirates verschiedene Projekte vorgestellt werden.

**Frau Dr. Kaufmann** schlägt vor, dass die sechs bis acht kostenintensivsten Projekte vorgestellt werden könne.

Der Seniorenbeirat stimmt dieser Anregung zu.

#### Presseamt

**Herr Rentsch** fragt bei Herrn Eckholdt an, wie der aktuelle Stand mit dem Presseamt sei.

**Herr Eckholdt** teilt mit, dass die Zusammenarbeit mit dem Presseamt wieder funktioniere und ein Ansprechpartner zur Verfügung stehe.

**Herr Dr. Müller** möchte wissen, wie der Bericht für die Internetseite des Seniorenbeirats erarbeitet werde.

**Herr Eckholdt** teilt mit, dass selbst Mitschriften in der Sitzung für den Bericht gemacht werden. Die Niederschrift zur Seniorenbeiratssitzung komme erst im Nachgang der Sitzungen.

#### E-Mail Herr Jäckel

**Herr Rentsch** geht auf die Erhöhung der Heimkosten und die entsprechend Mitteilung von Herrn Jäckel ein. Er bittet Herrn Dr. Müller über die Dringlichkeitssitzung des Arbeitskreises zu berichten.

**Herr Dr. Müller** teilt mit, dass sich in der vergangenen Woche Vertreter\*innen des Seniorenbeirats mit dem Brief von Herrn Jäckel in der Arbeitsgruppe beschäftigt habe. Es bestand zunächst die Frage, ob der Brief von Herrn Jäckel ebenso an die Verwaltung gesendet wurde. Zugleich wurde konstatiert, dass sich der Seniorenbeirat positionieren müsse. Ebenso wurde festgestellt, dass aufgrund der Rechtsgrundlagen von Bund und Land, die Kommunen und der Seniorenbeirat wenig Spielraum haben.

Er stellt dar, dass der Seniorenbeirat nur als Bittsteller agieren könne und sich an die höheren Stellen wie Landessenorenvertretung wenden müsse. Es wurde zudem angeregt, dass eine Aufstellung der Kosten erfolge und die Gründe für die Kostendynamik aufgezeigt werden. Dies könne in einem Seminar bestmöglich erfolgen. Die Arbeitsgruppe habe zudem festgestellt, dass stärker an den Alternativen zu Heimen gearbeitet werden müsse.

**Herr Rentsch** führt weitere Beispiele für die Kostenerhöhung des Eigenanteils der Heimkosten aus.

**Frau Wagner** geht auf eine notwendige Reform der Pflegeversicherung ein. Sie stellt dar, dass die gesetzlichen Rahmenbedingungen keine Kostenerleichterung zulassen. Es müsse eine grundsätzliche Lösung gefunden werden. Sie weist zudem daraufhin, dass es zu wenig Aufklärung für pflegende Angehörige und Nutzer\*innen gebe. Sie geht diesbezüglich auf den AOK-Pflegenavigator ein. Bei der Nutzung des Navigators sei ihr aufgefallen, dass es in Dresden erhebliche Spannen gebe. Sie geht auf verschiedene Beispiele ein. Hinzukomme, dass ab dem 1. September 2022 nach Tarif bezahlt werden müsse. Ebenso wirken sich die Investitionskosten und die gestiegenen Baukosten auf den Betrag aus. Sie schlussfolgert, dass auch in den nächsten Wochen Kostenverhandlungen bei den Trägern stattfinden und erhebliche Kostensteigerungen zu erwarten seien. Es sei somit keine Willkür der Träger. Diese Aufklärung müsse auch an die Bürger\*innen ergehen. Sie spricht sich für ein Seminar für Interessierte aus.

**Frau Dr. Sawatzki** ergänzt, dass durch das Seminar eine Forderung nach bezahlbaren Zuzahlungen an den Bund gehen müsse. Weitere Kostensteigerungen müsse verhindert werden.

**Herr Rentsch** betont, dass konkrete Forderungen aufgemacht werden müssen.

**Herr Krusch** stimmt zu, dass die Forderung zur generellen Reform der Pflegeversicherung an das Bundesgesundheitsministerium gehen müsse. Er geht ausführlich auf die Problematik in der Pflegeversicherung ein.

**Frau Dr. Kaufmann** sei das Schreiben von Herrn Jäckel nicht bekannt. Sie gehe aber davon aus, dass das Schreiben in dem Fachamt bearbeitet wurde. Sie stimmt den Ausführungen von Frau Wagner zu und geht auf die Pflegestärkungsgesetze ein. Ab dem 1. Oktober 2022 werden nachweislich tariffair finanzierte Mitarbeiterkosten von den Pflegeversicherungen gezahlt. Die Schwersttätigkeit zu Niedriglöhnen dürfe in der Zukunft nicht mehr möglich sein. Es müsse zudem davon ausgegangen werden, dass einzelne Pflegeheimbetreiber ihr Finanzierungsmodell ändern müssen. Im Anschluss führt sie aus, dass bereits Pflegesatzverhandlungen mit den Pflegekassen aufgenommen wurden. Sie führt aus, dass die Einkommenssteigerungen bei den Pflegeheimmitarbeitern eins zu eins auf die Bewohnerkosten umgelegt werden. Hinzukommen die gesteigerten Wohn- und Lebenskosten. Sie konstatiert, dass massive Kostensteigerung bei den Pflegekosten zu erwarten seien. Im nächsten Doppelhaushalt sollen zudem mehr Hilfen für Pflege eingestellt werden. Im Anschluss geht sie beispielhaft auf eine Änderung der Pflegeversicherung ein.

**Herr Krusch** stimmt zu, dass eine Reform der Pflegeversicherung notwendig sei. Er geht dazu ausführlich auf verschiedene Beispiele ein.

**Herr Rentsch** regt an, dass aufgrund der Sommerpause das Seminar noch im Mai stattfinden müsse.

Aus der Mitte des Seniorenbeirats ergeht eine Debatte zur Terminfindung und zur Ausgestaltung des Seminars.

**Herr Rentsch** regt an, dass zunächst festgelegt werden müsse, welche Vertreter aus dem Seniorenbeirat an den Vorbereitungen zum Seminar teilnehmen.

Es melden sich folgende Vertreter\*innen: Herr Dr. Müller, Frau Wagner, Herr Kupsch, Frau Dr. Sawatzki, Frau Scharf, Herr Rentsch.

Der Termin zur Vorbereitung des Seminars findet am 5. Mai 2022, 12:00 Uhr statt.

**Frau Fiedler** führt nochmal aus, dass der Eigenanteil der Pflegekosten zu hoch sei und geht auf den Anteil der Kommunen ein.

### Sonstiges

**Frau Dr. Sawatzki** weist nochmals auf den Fachtag am 4. Mai 2022 „Ältere Menschen in und nach der Corona-Pandemie: eine Bestandsaufnahme, was lernen wir daraus?“ hin. Weiterhin weist sie auf die Seniorenkonferenz der Landeshauptstadt Dresden am 8. Juni 2022 und die Sächsische Fachkonferenz für Prävention und Gesundheitsförderung am 28. Juni 2022 hin. Am 11. und 12. November 2022 sei zudem in Görlitz eine Tagung der Hochschule Zittau/Görlitz zum Thema „Wie wollen wir 2030 leben?“. Ein Seminar zur Ernährung im Alter finde am 6. Juli 2022 in der Dreikönigskirche statt.

**Herr Rentsch** teilt mit, dass Frau Dr. Hauffe aus gesundheitlichen Gründen für die nächsten Beiratssitzungen ausfalle. Herr Peine habe sich für die heutige Ausschusssitzung ebenso entschuldigt. Im Anschluss erklärt er, dass die Thematik „Wohnen“ im nächsten Seniorenbeirat behandelt. Ebenso werde in den nächsten Ausschusssitzungen die Fraktionen aus dem Stadtrat eingeladen werden.

**Frau Lohse** geht nochmals auf das Bürgerhaus Prohlis ein.

Es besteht kein weiterer Gesprächsbedarf.

**Herr Rentsch** beendet sodann die Beiratssitzung.

Klaus Rentsch  
Vorsitzender

Stefanie Ruß  
Schriftführerin

Jürgen Eckoldt

Gertraud Kasten